

# Kommunalwahlen in der Sowjetzone

## Mit zwei Jahren Verspätung, aber mit alter „Einheitsliste“

Seit die SED im Sommer 1955 die damals fälligen Kreis- und Gemeindewahlen geflissentlich übergang, hatten sich die Sowjetzonenbewohner weitgehend an diesen Zustand gewöhnt. Gemeinderat und Kreistag wurden vom „Demokratischen Block“ — in diesem Falle gleichbedeutend mit der SED — eingesetzt, der Bürgermeister wurde gleich vom Bezirk geliefert und die „Behörde“ unterschied sich nur noch in Kleinigkeiten vom örtlichen Parteibüro. Nun wird überraschend am 23. Juni „gewählt“. Mit hektischer Betriebsamkeit stürzen sich die politischen Organisationen und die „Volksvertreter“ in den „Wahlkampf“. Sogar die „Nationale Front“, ist plötzlich wieder da und mit ihr — die alte „Einheitsliste“.

Die Parteienwahl sei eine Zeiterscheinung der verfallenden bürgerlichen Demokratie, erklärte der SED-Agitationschef Sindermann, und Walter Ulbricht meinte: „Die Einheitsliste wählen wir natürlich darum, weil wir uns eben alle einig sind!“

Abgeordnete, die der Bürger nie zu Gesicht bekam, bereisen seit Tagen die kleinsten Dörfer und behaupten: „Ich habe immer eure Interessen verfochten! Und wenn ihr mir einen Wählerauftrag gebt, werde ich ihn ausführen, gleich nach der Wahl!“

### Demokratisierung?

Diese Wahl soll der Schlußpunkt unter die seit dem Herbst etwas müde gewordene Kampagne „zur breiten Entfaltung der Demokratie“ werden. Nur — für diesen Zweck wiegt sie allzu leicht! Der „Demokratische Block“ und die „Nationale Front“ kamen erstaunlicherweise bereits zwei Tage nach Bekanntgabe der „Wahl“ mit fertigen Kandidatenlisten heraus. Zu gut 70 Prozent sind es die alten Funktionäre, die neu nominierten Kandidaten entsprechen den gegenwärtigen politischen Anforderungen der Partei. Der Wähler hat nur zwei Möglichkeiten: entweder sie zu akzeptieren, und mit ihnen das ganze politische Sy-

stem, oder sie abzulehnen, das heißt, seinen Stimmzettel ungültig zu machen.

Um eine derartige Demonstration zu verhindern, plädieren die politischen Organisationen bereits wieder für die „offene Abstimmung“. Die „Haus- und Hofgemeinschaften“ der „Nationalen Front“ sollen bis zum 1. Juni

freiwillige Selbstverpflichtungen abgeben, laut denen man geschlossen in die Wahllokale ziehen und die Stimmzettel offen über den Tisch reichen will.

Wenn dies der Endeffekt der vor einem Jahr verkündeten „Demokratisierung“ sein soll, dann ist der SED die Überraschung absolut geglückt.

### Was wird gewählt?

Wo es keine Frage gibt, wem man wählen soll, da taucht die Überlegung auf, was wird denn überhaupt gewählt? Die Antwort liegt auf der Hand: Das System läßt sich durch diese „Wahl“ ein Vertrauensvotum geben! Es zwingt die Menschen durch die Art solcher „Wahlen“ en bloc das SED-Regime zu bestätigen. Zumindest wird es die Partei so auslegen. Denn mit dem unzweifelhaften Wahlergebnis wird sie die Logik verbinden: Die Bevölkerung hat die Einheitsliste gewählt, nun werden die unter

dieser Liste zusammengeschlossenen Organisationen alles weitere in die Hände nehmen ...

Es gibt keinen Widerstand gegen solche „Wahl“, der einzig mögliche besteht darin, daß man sie nicht ernst nimmt und von vornherein als Farce entlarvt. Was für ein System wird denn gewählt? Die 31. Tagung des SED-Zentralkomitees, auf der die Gemeindewahlen beschlossen wurden, gab gleichzeitig eine Art Rechenschaftsbericht über die augenblickliche Lage. Greifen wir nur einige Punkte heraus:

Da wird erst einmal die „feindliche Haltung“ der Intelligenz bestätigt. Sie wird aufgefordert, entweder ein Treuebekenntnis abzugeben oder sich zum „Klassenfeind“ zu erklären.

Das zweite Eingeständnis betrifft die katastrophale Wirtschaftslage. „Neue, einschneidende Maßnahmen“ in der Stromkontingentierung werden angekündigt, der Außenhandel geht trotz der Leipziger Messe weiter in Minus-Bilanz, die Importe übersteigen laufend die verringerten Exporte. In den Betrieben dürfen keine neuen Arbeiterkomitees gewählt werden, den Juristen werden „Nachgeben gegenüber westlichen Einflüssen“ und „ideologische Schwankungen“ vorgeworfen. Der mehr als eine Seite des SED-Zentralorgans umfassende Bericht des Politbüros findet nicht ein einziges Wort der Kritik an der Leitung des Staats- und Parteiapparates. Er mutet an wie ein Dokument aus der finstersten Zeit des Stalinismus.

Und unter seinem Aspekt soll am 23. Juni in der Sowjetzone „gewählt“ werden!

J. B. Gradl:

## Atomares Säbelrasseln

Nichts ist mehr zu erkennen von der Politik des Lächelns, die vor anderthalb Jahren in Genf ihren Höhepunkt und, wie wir heute wissen, ihren Wendepunkt hatte. Seither ist das Lächeln immer kühler geworden, und seit dem ungarischen Erlebnis ist das Lächeln vergangen. Ost und West sprechen miteinander, aber die Atmosphäre verfinstert sich zusehends. Man braucht deshalb nicht in Panik auszubrechen, aber was in der letzten Woche an Drohung und Ängstigung eingesetzt worden ist, ist viel.

Uns Deutschen ist in den letzten hundert Jahren oft genug — und leider zuweilen mit vollem Recht — vorgeworfen worden, wir hätten durch Drohung mit militärischer Macht andere Länder zu beeinflussen gesucht. Man nannte das Säbelrasseln. Aber welch idyllische Zeiten waren das, als man für solche Gewaltpolitik sich des Bildes vom rasselnden Säbel bedienen konnte. Heute rasselt man mit dem Atom, mit der Wasserstoffbombe und mit Fernraketen. Atomrasseln nennt eine New Yorker Zeitung insbesondere die sowjetische Botschaft an Norwegen. In der Tat ist der Brief Bulganins an den norwegischen Ministerpräsidenten Gerhardsen ein Gipfel atomarer Drohung. Norwegen könnte, so meint Bulganin, jeden Augenblick von den Streitkräften der NATO gegen die Sowjetunion benutzt werden. Und deshalb beschreibt Bulganin den Norwegern die Schrecken der Wasserstoffbomben, die eine Katastrophe selbst für Staaten seien, die „ein größeres Territorium als Norwegen besitzen“.

### Unfreundliche Quittung

Nun gehört Norwegen der NATO nur eingeschränkt an. Als es ihr beiträgt, geschah es mit dem wesentlichen Vorbehalt: „Die norwegische Regierung wird ... keine Stützpunkte für fremde Streitkräfte auf norwegischem Territorium errichten, solange Norwegen nicht angegriffen oder von einem

Angriff bedroht wird.“ Und diese Erklärung hatte der norwegische Ministerpräsident sogar im Herbst 1955 bei seinem Besuch in Moskau noch einmal wiederholt. Man kann also nicht sagen, daß die Sowjets die norwegische Distanzierung von der NATO besonders freundlich quittieren.

Was aber veranlaßt die Sowjets dazu, gegen Norwegen und nun in ähnlicher Weise auch gegen Dänemark zu wiederholen, was sie auf dem Höhepunkt der Suezkrise schon gegen England und Frankreich getan haben, nämlich mit Superwaffen zu drohen? Schon aus der britischen Reaktion hätten die Sowjets lernen können, daß eine solche Drohung zwar tiefen Eindruck macht, daß aber die Konsequenz des Bedrohten nicht zwangsläufig Resignation oder gar Kapitulation sein muß. Völker, die nach eigener Art zu leben gewohnt sind und weiter leben wollen, werden, wenn sie so angesprochen werden, eher geneigt sein, harte Folgen zu ziehen, soweit ihnen das irgend möglich ist. Und wenn sie es allein nicht vermögen, werden sie sich um so mehr nach verbündeter Hilfe umsehen. Genau diese Konsequenz hat Großbritannien gezogen mit seinem Entschluß der verstärkten atomaren Aufrüstung und mit dem Ersuchen die USA um amerikanische Fernraketen. Skandinavien wird nicht in dieser Weise reagieren. Aber man kann sicher sein, daß — falls Schwächung des Nordflügels des Atlantikpaktes das sowjetische Ziel war — eher das Gegenteil eintreten wird, vielleicht nicht militärisch, sicher jedoch moralisch.

Im Grunde stehen alle europäischen Länder zwischen dem sowjetischen Block und den USA in der gleichen Situation. Einer abscheulichen Situation, die man aber weder durch Wehklagen und Beschwörungen bezwingen kann noch durch den uns von der SPD empfohlenen vorzeitigen und einseitigen Waffenverzicht. Solange die Welt sich über Kontrolle und Abrüstung der Atomwaffen nicht verständigt hat, solange bleiben die Atomwaffen explosiv. Und da die Produktion der Atomwaffen bisher praktisch nur in den Händen der USA und der Sowjetunion

liegt, bleibt den europäischen Völkern, die im Spannungsfeld zwischen den beiden Giganten liegen, nur Anlehnung oder Ausgeliefertsein. Die Situation wäre anders, wenn es eine dritte, selbständige Atomgruppe gäbe. Europa als Ganzes, selbst im heutigen engen Bereich, könnte das sein und muß es vielleicht werden, wenn die Weltvernunft nicht einen Weg zur Beseitigung der Atomwaffen findet. Aber ein einzelnes europäisches Land wird nie fähig sein, atomare Selbständigkeit zu erreichen: die ökonomische Kraft reicht d. h. nicht. Die Vereinigten Staaten geben jährlich allein für die Entwicklung der Atom- und Raketenwaffen viel mehr aus als die Bundesrepublik für die gesamten Verteidigungszwecke.

### Die Übermacht

Das ist die eine Seite. Die andere Seite sieht so aus, daß die Sowjets in Europa eine erhebliche Übermacht an konventionellen Landstreitkräften gegenüber dem freien Europa haben, so daß eine Abwehr ohne atomare Hilfe bei dem gegenwärtigen Rüstungsstand nicht möglich ist. So kommt es, daß aus den Reihen der großen europäischen NATO-Partner zum Ausgleich immer wieder nach taktischen und größeren Atomwaffen verlangt wird. Die Auseinandersetzung darüber verläuft für den Außenstehenden unklar, die Erklärungen sind widerspruchsvoll; zum Beispiel hat Eisenhower für Großbritannien und andere Verbündete Fernraketen zugesagt und zugleich den Zeitpunkt völlig offengelassen. Aber es ist verständlich, daß diese ganze Diskussion um taktische und strategische Atomwaffen in Europa für sowjetische Ohren sehr unfreundlich klingt, und der Kreml kann durchaus den Eindruck haben, daß auch vom Westen her mit dem Atomsäbel gerasselt wird.

Der Hinweis in der Note an Norwegen auf die Stationierung von Atomwaffen in den westeuropäischen NATO-Ländern läßt den wahrscheinlichen Grund der sowjetischen Empfindlichkeit erkennen. Nur muß man wieder fragen, was denn der Kreml erwartet hat, als er in der Suezkrise und danach

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1  
Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Starke Sowjet-Flotte in der Ostsee

### Was bezwecken Moskaus Marine-Einheiten?

Oslo (AP). Im Zusammenhang mit der warnenden Botschaft Bulganins an den dänischen Ministerpräsidenten Hansen haben maßgebliche norwegische Stellen Informationen über Größe und Stützpunkte der sowjetischen Flotte in der Ostsee veröffentlicht. Nach Ansicht norwegischer Kreise entspringt die Warnung an Dänemark der sowjetischen Befürchtung, die dort stationierten starken Flotteneinheiten könnten im Falle eines Krieges wie in einem Kessel gefangen sein.

In den Häfen der Ostseeküste liegen nach den norwegischen Informationen sieben Kreuzer, 80 Zerstörer, 150 Unterseeboote, 300 Minensuchboote, 250 Torpedoboote und 400 Hilfsschiffe. Diese Flotte teilt sich in die nordbaltische mit dem Hauptquartier in Kronstadt und in die südbaltische mit Hauptstützpunkt Pillau (Ostpreußen).

Andere sowjetische Marineeinheiten sind an der Küste des polnisch verwalteten deutschen Gebietes, unter anderem in Swinemünde, Stolpmünde und Kolberg stationiert. In

## Heuss begnadigt Angenfort

### Er war wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt

Bonn (Eigenmeldung). Am Vorabend der Entscheidung des Bundestags über die vorgeschlagene Amnestie für kommunistische Häftlinge im Bundesgebiet hat Bundespräsident Heuss den ehemaligen Leiter der kommunistischen „Freien Deutschen Jugend“ in Westdeutschland, Josef Angenfort, begnadigt. Angenfort war der einzige politische Häftling in der Bundesrepublik, der eine Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte. Er war im Juni 1955 wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Staatsgefährdung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Politische Kreise in Bonn nehmen an, daß die Entscheidung des Bundespräsidenten der Mehrheit des Bundestags die Ablehnung des Amnestieantrags der FDP erleichtern wird, der von SPD und BHE unterstützt wird.

Die Begnadigung Angenforts ist an die übliche Bedingung geknüpft, daß er sich in der restlichen Zeit der fünf Jahre, die er im Zuchthaus zubringen sollte, nicht der gleichen Verbrechen schuldig macht, derwegen er verurteilt worden ist. Politische Kreise vermuten aber, daß Angenfort, der nach seiner Verurteilung von den Kommunisten in ganz Deutschland als eine Art Nationalheld gefeiert

worden ist, sofort seine politische Tätigkeit mit heftigen Angriffen gegen die Bundesregierung — möglicherweise von der Sowjetzone aus — fortsetzen wird.

Außer Angenfort befinden sich zur Zeit noch rund 25 Kommunisten in westdeutschen Gefängnissen, die wegen ausgesprochen politischer Vergehen verurteilt worden sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Bundespräsident in einigen weiteren Fällen eine Begnadigung veranlassen wird. Jedenfalls sehen aber die Regierungsparteien in Bonn in der geringen Zahl der im Bundesgebiet verurteilten Kommunisten das wichtigste Argument gegen eine generelle Amnestie.

## „Brennende Grenze“ am 17. Juni

### Feiern und Kundgebungen des Kuratoriums

Bonn (Eigenbericht). Am 16. Juni, dem Vorabend des „Tages der deutschen Einheit“, soll die Zonengrenze wieder zu einer „brennenden Grenze“ werden. Mahnfeuer und Fackeln sowie Lichter in den Fenstern von der Lübecker Bucht bis zum Fichtelgebirge sollen an die Spaltung Deutschlands und an die Erhebung der mitteldeutschen Bevölkerung vom 17. Juni 1953 erinnern. Auch in diesem Jahre will das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ Kundgebungen veranstalten und in möglichst allen Städten Gedenkfeiern durchführen. Das Kuratorium appelliert an die Bevölkerung, vor allem im Zonengrenzgebiet, bei der Durchführung der geplanten Feiern und Kundgebungen zu helfen.

Zu den abendlichen Veranstaltungen an der Zonengrenze will das Kuratorium vor allem Schüler, Lehrlinge und Studenten einladen. Der Bevölkerung jenseits der Zonengrenze soll durch den Feuerschein die Verbundenheit aller Landesteile der Bundesrepublik bekundet werden. Den westdeutschen Teilnehmern soll durch das unmittelbare Erlebnis der Zonengrenze die Schicksalsgemeinschaft der Deutschen erneut sichtbar gemacht werden. Das Kuratorium betont in seinem Rundbrief, daß diese Feiern aus dem Wahlkampf herausgehalten werden müßten. Die Parteien und Verbände sollen schon jetzt beginnen, die Kundgebungen gemeinsam vorzubereiten.

## 60 politische Verurteilungen

Im ersten Quartal 1957 — Letztes Jahr waren es 594

Berlin (DPA). 60 Bewohner der Sowjetzone und Ostberlins wurden nach Unterlagen des Untersuchungsausschusses Freirechtlicher Juristen im ersten Quartal 1957 aus politischen Gründen von Sowjetzonen- oder Ostberliner Gerichten zu insgesamt 308 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt.

Außerdem wurden dem Untersuchungsausschuß nachträglich 49 Verurteilungen aus dem vergangenen Jahr bekannt, so daß die Zahl der 1956 aus politischen Gründen verurteilten Personen auf 594 anstieg. Die im vergangenen Jahr verhängten Urteile lauten insgesamt auf

mindestens 2763 Jahre Freiheitsentzug, wozu noch sieben Urteile auf lebenslängliches Zuchthaus kommen.

## Güterschiffe für Bundesrepublik

Berlin (DPA). Auf der „volkseigenen“ Schiffswerft Dresden/Übigau werden zwei Motorschiffe gebaut, die im Laufe dieses Jahres nach dem Bundesgebiet abgeliefert werden sollen. Sie gehören zu einer Serie von sechs Schiffen, die von privaten Schiffahrtsgesellschaften und Reedern der Bundesrepublik bei der Dresdener Werft bestellt worden sind. Über die Lieferung weiterer Schiffe wird noch verhandelt. Außerdem baut die Dresdener Schiffswerft sieben Motorschiffe für die Sowjetunion, 14 Schiffe dieser Art sind in den letzten beiden Jahren schon ausgeliefert worden. In ihrem Laderaum findet eine Fracht Platz, die der von 43 Eisenbahnwaggonen entspricht. Sie sind 67,3 Meter lang 8,5 Meter breit und mit zwei 300-PS-Dieselmotoren ausgerüstet.

## Lemma wiedergewählt

Innere Geschlossenheit der Berliner CDU

Berlin (Eigenbericht). Der Landesparteitag der Berliner Christlich - Demokratischen Union ist mit der Wahl des Landesvorstandes abgeschlossen worden. Mit 130 gegen 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen und einer ungültigen Stimme wählten die Delegierten erneut Bundesminister Ernst Lemma zum Landesvorsitzenden. Geschäfts-

führender Vorsitzender wurde mit 123 gegen 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen wiederum Dr. Günter Riesebrodt.

Unter großem Beifall stellte Lemma in seinem Schlußwort fest, dieser Parteitag habe ein Bild der inneren Geschlossenheit der Berliner CDU vermittelt, wie sie wohl von keiner anderen Partei dieser Stadt

## Entscheidung über Polenhilfe

Washington (AP). US-Außenminister Dulles wird Anfang nächster Woche den genauen Betrag der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Polen festsetzen, wie in Washington verlautet. Man spricht von einer Summe zwischen 30 und 90 Millionen Dollar.

## Erfinder des Tonfilms gestorben

Berlin (DPA). Der Erfinder des Tonfilmes, Joseph Massolle, ist im Alter von 68 Jahren nach langem Leiden in einem Westberliner Krankenhaus gestorben. Massolle hat ein typisches Erfinderschicksal mit all seinen Enttäuschungen erlebt. Das in erster Linie von ihm erfundene Lichtton-Verfahren ermöglichte überhaupt erst die Entwicklung des Tonfilmes. Aber die Erfindergruppe, die sich damals den Namen „Triergon“ gab, fand keine Geldgeber zur weiteren Verwirklichung ihrer Pläne.

## Angeklagte Ungarn ungebeugt

„Unser Vertrauen zum Narren gehalten“

Budapest (AP). In Ungarns erstem großen Schauprozeß gegen Teilnehmer am Volksaufstand zeigten sich die Angeklagten in ihren Schlußworten ungebeugt. Die kommunistische Richterin Matilde Toth wird die Urteile über die elf Angeklagten in Kürze verkünden.

Der 30jährige Redakteur Obersovszky erklärte: „Ich glaube an den Sozialismus, denn nach meiner Überzeugung ist das eine höhere, schönere, bessere und

menschlichere Form als jedes andere System. Ich habe nicht das System bekämpft, sondern die, die es häßlich gemacht und in schlechten Ruf gebracht und unser Vertrauen zum Narren gehalten haben.“

auch nur annähernd erreicht werden könne. Wörtlich betonte er: „Was in zwölf Jahren an evangelischen und katholischen Christen in unserer Union zusammengewachsen ist, wird sich nicht mehr trennen lassen.“

Im Verlauf der Tagung sprach sich der Parteitag dafür aus, daß der Landesvorstand nur über das Vorschlagsrecht bei der Besetzung von Wahlämtern verfügen solle, die Entscheidung aber bei der Fraktion liegen müsse. In einem Antrag forderten die Delegierten eine bessere Regelung der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Sozialarbeiter, wie z. B. Fürsorger, Erzieher und Kindergärtnerinnen.

**So sind sie wirklich:**

## „Mal kurz mitreden...“

Als die Sowjets im Frühjahr 1946 die Zwangsverschmelzung von KPD und SPD befahlen, liefen sie aus den verschiedenartigsten Beweggründen in Ostberlin eine „Sozialdemokratische Partei“ bestehen. Sie unterlag allerlei Schikanen, aber immer nur so vielen, daß diese die Existenz der Westberliner SED nicht in Frage stellen sollten. Die neugebildete SED war damals der Meinung, sie könne zu dieser Zeit rund 16 000 registrierten Ostberliner SPD-Mitglieder nach und nach in die SED übernehmen. Bis heute haben ihr jedoch rund 7000 Sozialdemokraten widerstanden. Aber 1949 gründeten die Kommunisten eine „Sozialdemokratische Aktion“ unter Leitung des SPD-Renegaten Hans Müller, deren ganze Funktion vorerst in der Herausgabe einer von der damaligen SED-Landesleitung finanzierten Wochenzeitung „Freie Presse“ bestand. Doch bereits 1952, als die Ostberliner SPD noch 9000 Mitglieder zählte, war die „SDA“ mit 46 nominellen Anhängern sanft entschlafen. Heute erinnert nur noch der „sozialdemokratische Volkskammerabgeordnete“ Hans Müller an diesen merkwürdigen Verein...

### „Helden sind unmodern!“

Müller ist heute 51 Jahre alt und Sohn eines Berliner Transportarbeiters. Er selbst erlernte den Beruf eines Flächenmalers und wurde 1922 als sechzehnjähriger Mitglied der „Sozialistischen Arbeiterjugend“, ohne dort jemals aktiv zu werden. Erst 1929 ging er in die SPD, nachdem er bei den Kommunisten vergeblich Umschau gehalten hatte. Die SPD belohnte ihn mit dem Posten eines hauptamtlichen Jugendfunktionärs.

Als Hitler an die Macht kam, unternahm Müller einen schüchternen Emigrationsversuch, gehörte dann aber zu den ersten, die ihre politische Überzeugung widerriefen und wurde von seiner alten Firma, die er 1929 verlassen hatte, als „unabkömmlich“ reklamiert. Seine Genossen waren nicht unabkömmlich

## HANS MÜLLER

genug, um ins KZ und in die Gefängnisse des Dritten Reiches zu gehen. Er mied sie, und wenn er sie unvermutet traf, zuckte er die Achseln: „Helden sind unmodern! Die Parole heiße vielmehr: überleben!“

Viele ehemalige Sozialdemokraten, die heute in der SED gehobene Funktionen bekleiden, würden bei passender Gelegenheit zu den ersten gehören, die Müller ans Messer lieferten...

### Das passende Parteibuch

Müller wurde unabkömmliches Kettenglied eines Betriebes der Luftwaffenindustrie. Müller wurde Soldat, er wurde mit dem Kriegsverdienstkreuz in der Etappe dekoriert, und zum Schluß kam er noch in sowjetische Gefangenschaft. Ein Antifa-Kurzlehrgang gab ihm die Vorzugs-Fahrkarte nach dem nunmehr geteilten Berlin.

Das passende Parteibuch wäre für ihn das der KPD gewesen. Es war nicht sein Wille, daß er wieder zur SPD ging. Aber den Sowjets war damals wie heute ein kommunistischer „Sozialdemokrat“ lieber als zehn politisch unsichere Kommunisten. Seine gewiß nicht aus eigenem Antrieb erfolgende Wählerarbeit unter den Ostberliner Sozialdemokraten hatte zur Folge, daß sich die Berliner SPD 1949 von ihm trennte. Der „Übertritt“ zur damals gebildeten „Sozialdemokratischen Aktion“ war eine Ironie. Müller wurde der erste Vorsitzende dieser Gruppierung und Chefredakteur der „Freien Presse“, in der Berufsbezeichnung firmierte er jetzt als Journalist. Die Redaktion bestand aus drei Mann. Müller selbst ging jeden Freitag zum SED-Landesverband, um sich die fertigen Artikel abzuholen. Als die SED im Juni 1952 einen „Landesrat Berlin der Sozialdemokratischen Aktion“ ernannte, war die „SDA“ selbst nur noch im Vereinsregister existent. Müller

aber hatte sich anderweitig gesichert...

### Bürgermeister und Abgeordneter

Zwei Tage nach seinem Ausschluß aus der SPD ernannte die SED Müller demonstrativ zu einem der zahlreichen Stellvertreter des Ost-Oberbürgermeisters. Er wurde „Bürgermeister ohne Aufgabenbereich“. Ein Jahr später war Müller Abgeordneter der Ostberliner „Volkskammer“. Durch ihn legitimierte die SED die Zwangsfusion von 1946: Wer nicht zu uns will, kann auch in der DDR Sozialdemokrat bleiben! Aber bereits der Versuch, die „SDA“ in der Zone publik zu machen, scheiterte. Vier Monate bereiste Müller die Städte Thüringens, Sachsens und Mecklenburgs, um ganze 28 (!) Interessenten für seine Gruppe zu gewinnen. Mit dieser Zahl aber konnte selbst die SED keine neue Massenorganisation formieren.

Seither schreibt Müller Briefe an Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei in der Bundesrepublik. Er, der am 17. Juni in einer Westberliner Pension Zuflucht suchte, erklärt, die „DDR“ sei heute der „sicherste Hort der Demokratie“, nur sie könne „den Faschismus von Deutschland fernhalten und durch ihre konsequente Friedenspolitik die Verwandlung Westdeutschlands in eine Atomwüste verhindern“. (Auszug aus der jüngsten Ausgabe dieser „Müller-Briefe“). Gelegentlich spricht Hans Müller in Ostberlin vor geladenen Funktionären der Westberliner SED über Fragen der „Aktionseinheit“. Seine konstante und in Parteikreisen vielbelachte Redewendung: „Wenn die Wiedervereinigung kommt, dann werden wir von der SDA kurz mal mitreden! Wenn wir auch eine kleine Organisation sind, aber: Uns gehören ideell Zehntausende der Besten aus der heutigen Sozialdemokratie an!“

Die SED läßt ihn gewähren. Er hat ein Gesamteinkommen von etwa 4000 Mark monatlich, und damit läßt sich auch unter Ulbricht leben. Nur als Kuriosum ist er unbezahlbar...

## SED fürchtet die „Arbeiterkomitees“

Neuwahlen werden gestoppt — Ein Hilferuf des FDGB

Auf Veranlassung des FDGB-Bundesvorstandes dürfen seit vier Wochen in der gesamten Sowjetzone keine „Arbeiterkomitees“ mehr eingesetzt werden. Mit den unmöglichsten Winkelzügen versuchen SED- und Gewerkschaftsleitungen, die bereits gebildeten Komitees aufzulösen oder deren Arbeit vorübergehend einzustellen. Der Grund: In allen Betrieben, wo Arbeiterkomitees gewählt werden durften, haben diese Zug um Zug die Betriebsgewerkschaftsleitungen des FDGB ausgeschaltet und sich für die Lösung arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Fragen verantwortlich gemacht.

Die BGL sind in diesen Betrieben zum überflüssigen Kuriosum geworden. Die Vertreter der Arbeiterschaft, soweit diese gewählt werden konnten, haben zwar keine „betriebliche Selbstverwaltung“ erreicht, aber dafür die Staatsgewerkschaften überraschend k.o. geschlagen.

Die jetzt vom SED-Politbüro gegebene Begründung, man wolle die Wahl neuer Arbeiterkomitees wegen der für Juni angesetzten Gemeindevahlen aussetzen, ist an Lächerlichkeit schwerlich zu überbieten. Die kommunalen Staatsorgane, um die es bei den Gemeinde-„Wahlen“ geht, haben überhaupt nichts mit den Problemen der zentral gelenkten Staatsbetriebe zu tun. Und die Arbeiterkomitees sind rein betriebliche Institutionen, ohne Bindung und Fühlungnahme zu den Kommunalbehörden. Um was also geht es wirklich?

### Falsch geplant

Die SED hat, wie sie heute bereits zugibt, diese „Arbeiterkomitees“ übereilt und unter falschen Voraussetzungen aufgezogen. Entsinnen wir uns: Sie wurden im vergangenen Herbst propagiert, als in der Partei und in den Betrieben scharfe Auseinandersetzungen über das Beispiel der Selbstverwaltung jugoslawischer Betriebe und über die polnischen Arbeiterräte tobten. Die SED war weder gewillt, das eine noch das andere zu akzeptieren. Um dennoch der immer hartnäckigeren Forderung nach einer gewissen Arbeiterselbstverwaltung Rechnung zu tragen, startete sie den Bluff mit den Ulbricht-schen „Arbeiterkomitees“.

Theoretisch waren diese befragt, entscheidend in die Lenkung des Betriebes einzugreifen. Sie sollten für Finanz-, Produktions- und Personalfragen mitentscheidend und mit-

verantwortlich sein. Ehe jedoch die ersten Komitees gebildet wurden, gab die SED in geheim Direktiven heraus, nach denen den Arbeiterkomitees der Zutritt zu sämtlichen Betriebsgeheimnissen unmöglich gemacht wurde. Gleichzeitig jedoch versuchten die Arbeiter dieser Betriebe, ihr Arbeiterkomitee zu einem Gegengewicht gegen die bestehenden und in Routinearbeit erstarrten Betriebsgewerkschaftsleitungen auszubauen. Man boykottierte die BGL-Versammlungen und lief mit allen Vorschlägen und Beschwerden einfach zum Vertreter des Arbeiterkomitees:

● In Magdeburg standen erstmals zwei Angehörige eines solchen Komitees als „Anwälte“ eines von der SED-Betriebsleitung entlassenen Arbeiters vor dem Sozialgericht und erzwangen dessen Wiedereinstellung.

● Bei Leuna deckte das Arbeiterkomitee eine größere Unterschlagungsaffäre auf, in die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre verwickelt waren.

● In Ostberlin rissen die Komitees die Verteilung des

## Ein neues „Gesetz“

Nun wird die SED im Juli oder August ein in den Grundzügen bereits bekanntes „Gesetz“ über die Bildung von Arbeiterkomitees in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben“ vor die Volkskammer bringen. Darin werden diese Komitees zu simplen „Büros für Erfindungs- und Vorschlagswesen“ umgestempelt. Die BGL werden gleichzeitig zu Treuhändern dieser Komitees ernannt und entgegen somit dem Schicksal, in Kürze überhaupt kein anderes Aufgabengebiet als die Beitragskassierung zu haben,

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richt-hofen-Str. 2.  
 Druck: W. Buxenstein, GmbH.

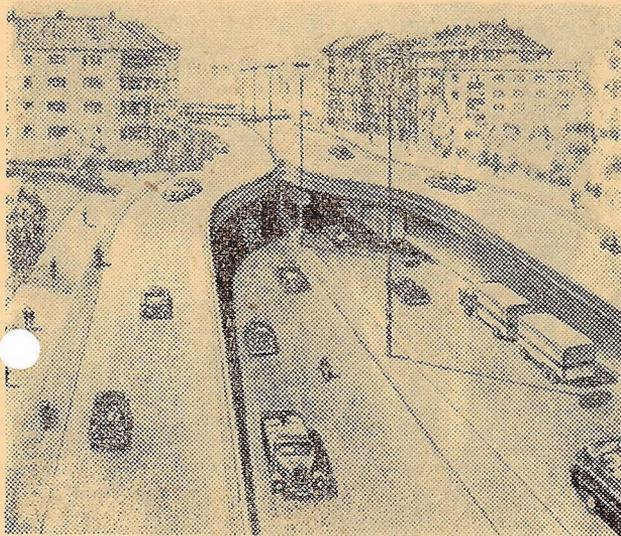
den Betrieben zur Verfügung gestellten Wohnraumes an sich, und zum ersten Male zog ein nicht ordensdekoriertes und parteiloses Arbeiter in einen Neubau der „Volkseigenen Wohnungsgenossenschaft“.

Die SED hatte falsch und übereilt geplant. Die Arbeiterkomitees begannen sich selbständig zu machen, ehe die Kontrollinstanzen auf den Plan treten konnten. Und überall, wo so gehandelt wurde, war es der SED unmöglich, ein Arbeiterkomitee aufzulösen.

Wo noch kein Arbeiterkomitee besteht, mag das angehen. Wo aber bereits eines im Sinne der Arbeiter tätig war, dürfte es nicht ganz ohne Schaden abgehen für die SED!

### Neue Deutschland-Note

Bonn (Eigenmeldung). Bundesaußenminister Dr. von Brentano hat kurz nach der Rückkehr von seiner Weltreise in Bonn angekündigt, daß die neue Deutschlandnote „in aller Kürze“ an die Sowjetregierung abgesandt wird. Ursprünglich war die Überreichung für Ende März vorgesehen.



**WESTBERLINER SCHNELLSTRASSEN.** Diese Tunnelmündung, aus der die Schnellstraße von der Friedrichsruher Straße unter dem Kurfürstendamm in die Halenseestraße hineinläuft, wird von etwa 300 Stahlpfeilern getragen. Die Arbeiten an diesem Projekt gehen zügig vonstatten.

## Eine neue Erziehungs-Kampagne

In einer „Aufklärungs“-Kampagne soll die Bevölkerung der Sowjetzone jetzt davon überzeugt werden, daß die Annahme von Geldzuwendungen bei Besuchen im Bundesgebiet „unehrenhaft“ sei. Es sollen alle SED-Organisationen sowie die Ausschüsse der „Nationalen Front“ diese „Erziehungsarbeit“ leisten. Der Bevölkerung soll gesagt werden, daß die Mittel für diese Gelder, die zumeist von den Städten gezahlt werden, aus den Arbeitern des Bundesgebietes „herausgepreßt“ worden seien. Auch SED-Mitglieder haben bei Besuchen im Bundesgebiet solche Zuwendungen angenommen. Zur Rede gestellt, verteidigten sie sich dialektisch mit dem Argument: „Man muß die Kapitalisten schädigen, wo man kann.“

## Atomares Säbelrasseln

Fortsetzung von Seite 2

mit seinen Atomwaffen drohte. Oder als Marschall Schukow vor zehn Tagen ganz unverhüllt auf einer Konferenz sowjetischer Armeeangehöriger in Moskau erklärte, daß die sowjetische Atomwaffe „unvermeidlich als Atomkampfmittel eingesetzt werden wird“, und daß „die Streitkräfte der UdSSR mit den modernsten Waffen ausgerüstet sind“. Hatte der Kreml wirklich erwartet, daß sich das freie Europa von diesen sowjetischen Feststellungen und Drohungen einfach lähmen und lahmlegen lassen würde? Vielleicht hat der Kreml sich wirklich diesem Irrtum hingegeben. Die tatsächliche Wirkung kann jedenfalls nur sein, die waffentechnischen Konsequenzen für die Verteidigung zu ziehen.

### Schrei nach Verständigung

Die Perspektiven, die dieses atomare Säbelrasseln und Wett-rüsten eröffnet, sind schrecklich. Es ist schwer vorstellbar, daß

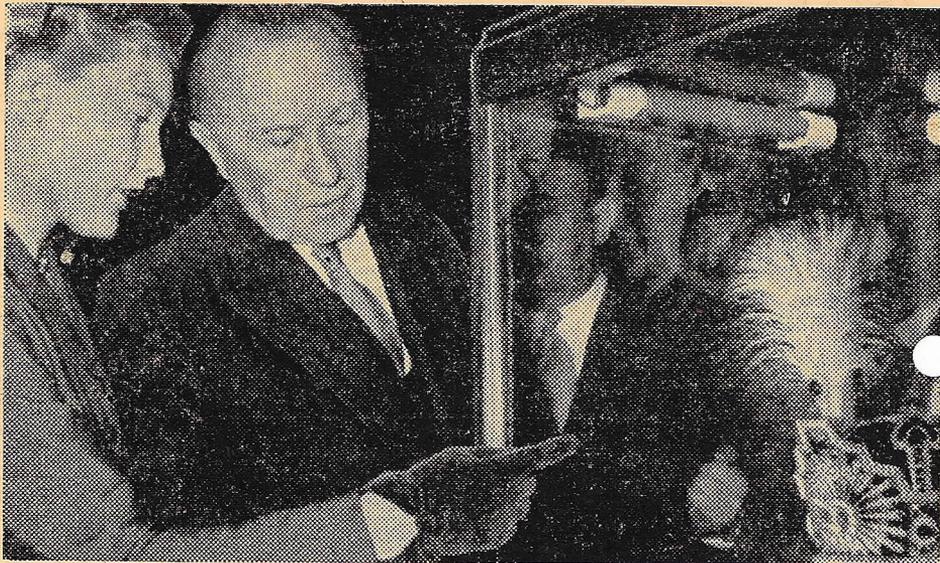
die über Jahre sich hinschleppenden und zur Zeit in London wieder laufenden Abrüstungsverhandlungen einen wesentlichen Schritt vorwärtsführen können, wenn zur selben Zeit in der Welt der Atomlärm immer lauter wird. Dennoch muß dieser Verhandlungsversuch mit äußerster Entschlossenheit fortgesetzt werden, denn es gibt keinen anderen Weg.

Nur genügt dieser Weg allein nicht. Die gegenwärtige allgemeine und insbesondere atomare Aufrüstung ist im Grunde die Folge der vielen schwelenden Gefahren und Gegensätze zwischen West und Ost. Von daher kommt das Mißtrauen und die Sorge, urplötzlich von einem großen Unglück überrascht zu werden. Es gibt viele solcher Herde von Ängsten und Gefahren. Und wenn den Sowjets zur Zeit besonders unbe-greiflich ist, dann liegt das — auch wenn sie es noch nicht einsehen wollen — nicht zuletzt daran, daß sie selber seit 1945

soviel dazu beigetragen haben, Gefahrenherde zu schaffen und zu konservieren. Auch hier muß die Weltpolitik ansetzen, wenn sie die Welt vor dem atomaren Unheil bewahren will. Im Grunde schreit die Situation nach einer Konferenz der großen Verständigung. Aber nachdem das Genfer Lächeln so schnell und gründlich verschwinden konnte, bedarf es zu einem Gelingen stärkerer Bereitschaft und gründlicher Vorbereitung. Der Prüfstein für die sowjetische Haltung wird dabei nicht nur, aber doch mitentscheidend ihre Haltung in der deutschen Frage sein.

### Unter deutschem Kommando

Frankfurt (AP). Zum erstmal in der Geschichte beider Staaten stand während des NATO-Stabsmanövers „Schwarzer Löwe“ eine amerikanische Einheit unter deutschem Kommando. Es handelt sich um das 14. Panzer-Regiment der 7. US-Armee, dessen Befehl von Generalleutnant Foersch übernommen wurde.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Einige Millionen Mark beträgt der Wert dieser persischen Kaiserkrone, die Bundeskanzler Adenauer und seine Tochter, Libeth Werhahn, betrachteten. Der Schatz wird in einer Bank in Teheran aufbewahrt. — Unten: 29 Studenten aus 29 Ländern, die am Forum der „New York Herald Tribune“ teilnahmen, hielten sich eine Woche in Berlin auf.

Hier: Eine Gruppe vor der Reichstagsruine.

